

Argument des Tages Nr. 28

Der „Einstellungsbonus“ von Annette Schavan

Einen „Pakt für Ausbildung plus Beschäftigung“ fordert überraschend Annette Schavan, die CDU-Bundesbildungsministerin. Zum Ausbildungsbeginn 2009 bringt sie die Idee eines branchenspezifischen „Nachwuchs-Fonds“ ins Spiel. Daraus sollen Zuschüsse an Unternehmen fließen, damit sie Lehrlinge übernehmen oder Jobs für Berufsanfänger schaffen. Vor allem die Bundesagentur für Arbeit sowie Bund und Länder sollen den Fonds finanzieren.

Berufseinsteigern und Berufseinsteigerinnen an der schwierigen Hürde der Ersteinstellung unter die Arme zu greifen, klingt zunächst nach einem guten Ziel. Allerdings war bereits im Frühjahr absehbar, dass nicht nur die Ausbildungssituation, sondern auch der Einstieg in den Arbeitsmarkt in diesem Jahr für junge Menschen besonders schwierig wird. Schon deshalb ist das plötzliche arbeitsmarktpolitische Engagement von Frau Schavan ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver. Äußerungen der SPD zeigen, dass der Vorschlag nicht einmal mit Arbeitsminister Scholz vorbesprochen wurde. Dabei müsste die von Scholz beauftragte Bundesagentur für Arbeit einen stattlichen Beitrag an den Fonds leisten. Nach neuesten Zahlen steht sie aber für 2009 bereits mit 12 Milliarden Euro im Minus.

Der Nachwuchs-Fonds kopiert mit seinem „Einstellungsbonus“ ein gescheitertes Modell. Im vergangenen Jahr sollte der sogenannte „Ausbildungsbonus“ für Unternehmen 100.000 neue Ausbildungsverträge bringen – beantragt sind bis heute nur 13.000. Als Ergebnis des damaligen „Pakts für Ausbildung“ zwischen Bund und Wirtschaft findet immer noch jeder fünfte Neubewerber keinen Ausbildungsplatz. Das gescheiterte Bonus-Modell jetzt auf die Ersteinstellung zu übertragen, zeugt von hilfloser Politik. Zumal Schavans Pläne keine Vorkehrung gegen möglichen Missbrauch enthalten. Vermutlich werden Unternehmen Subventionen auch für Einstellungen einstreichen, die sie sowieso geplant hatten.

Vor allem aber ist der Berufseinstieg nicht nur ein Konjunkturproblem. Auch in wirtschaftlich guten Jahren werden nur knapp 60 Prozent der ausgebildeten Fachkräfte direkt übernommen. Viele Absolventen landen in schlecht entlohnten Praktika.

Deshalb fordert DIE LINKE, Praktika zu begrenzen, die vorhandene Arbeit umzuverteilen und mit mehr öffentlichen Investitionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Konkret schlägt DIE LINKE vor,

- die Förderung der Altersteilzeit zu verlängern;
- die reguläre Wochenarbeitszeit auf maximal 40 Stunden zu verkürzen;
- Praktika nur während einer Ausbildung für maximal drei Monate zuzulassen und zu entlohnen;
- aus Mitteln für das Arbeitslosengeld II und zusätzlichen öffentlichen Mitteln 500.000 öffentlich geförderte Jobs zu schaffen;
- mit einem öffentlichen Investitionsprogramm von jährlich 100 Milliarden Euro zwei Millionen neue Jobs zu schaffen und zwar in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege, Klimaschutz und Energiewende.

Statt sich mit solchen Vorschlägen zu befassen, verschlechtern Union und SPD die Situation von jungen Arbeitssuchenden. Wegen der Nichtverlängerung der Altersteilzeit und der Rente erst ab 67 werden weniger Stellen frei, die mit Jüngeren zu besetzen wären. Jetzt Krokodilstränen über steigende Jugendarbeitslosigkeit zu vergießen, ist zynisch angesichts der vorhersehbaren Entwicklung und der vorherigen Tatenlosigkeit.

„Mehr Stellen für Absolventen in der öffentlich finanzierten Forschung“, lautet ein anderes wohlklingendes Ziel aus Schavans Wahlkampfzettel. Das gleiche Ziel hat schon der „Pakt für Forschung und Innovation“ verkündet. Diesen Pakt auf finanziell sichere Füße zu stellen, sollte Vorrang haben.

Redaktionsschluss: 10. September 2009